Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2434

22. 12. 78

Sachgebiet 611

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Juli 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Zielsetzung

Bei den im internationalen Bereich tätigen Unternehmen stellen die durch die ausländische Besteuerung entstandenen Doppelbesteuerungen und die sonstigen damit verbundenen Belastungen ein Hindernis für den ungestörten Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr über die Grenzen dar. Zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Argentinien sollen solche steuerlichen Hindernisse abgebaut werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 13. Juli 1978 enthält die hierfür erforderlichen Regelungen. Es ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine wesentlichen Auswirkungen

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (44) — 521 05 — Do 39/78

Bonn, den 22. Dezember 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Juli 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und spanischer Sprache, ein Protokoll und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 468. Sitzung am 21. Dezember 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Juli 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Buenos Aires am 13. Juli 1978 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 29 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 29 Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Argentinischen Republik insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 29 Abs. 2 erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1976 erhoben werden. Um die betroffenen Steuerpflichtigen uneingeschränkt in den Genuß der rückwirkenden Abkommensanwendung zu bringen, sieht Absatz 1 des Artikels vor, daß bereits unanfechtbare Steuerfestsetzungen geändert werden können.

Soweit sich durch die rückwirkende Anwendung des Abkommens in besonders gelagerten Einzelfällen eine höhere Gesamtbelastung an deutschen und argentinischen Steuern ergeben sollte als nach dem bisherigen Rechtszustand, schließt Absatz 2 des Artikels für die Zeit vor dem Jahr des Inkrafttretens des Abkommens eine rückwirkende Verschlechterung für die Steuerpflichtigen kraft Gesetzes aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur erhoben wird, soweit ihr eine Entlastung an argentinischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte der Argentinischen Republik beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Convenio entre la República Federal de Alemania y la República Argentina para evitar la doble imposición con respecto a los impuestos sobre la renta y el capital

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

UND

DIE ARGENTINISCHE REPUBLIK —

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen, um die Investitionstätigkeit und den Handel zwischen den beiden Staaten zu fördern —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind, und für Einkünfte und Veräußerungsgewinne, die von diesen Personen bezogen werden, sowie für Vermögen, das diesen Personen gehört.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
   die Einkommensteuer,
   die Körperschaftsteuer,
   die Vermögensteuer und
   die Gewerbesteuer
   (im folgenden als „deutsche Steuer" bezeichnet);

LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

Y

LA REPÚBLICA ARGENTINA,

en el deseo de concluir un Convenio para evitar la doble imposición con respecto a los impuestos sobre la renta y el capital, con el objeto de fomentar la inversión y el comercio recíproco,

HAN ACORDADO LO SIGUIENTE:

Artículo 1°

Ambito personal

Este Convenio se aplicará a las personas residentes en uno o en ambos Estados Contratantes, y también a la renta y a las ganancias de capital obtenidas por, y al capital perteneciente a, dichas personas.

Artículo 2°

Impuestos comprendidos

1. Este Convenio se aplicará a los impuestos sobre la renta y sobre el capital exigibles por cada uno de los Estados Contratantes o sus Estados Federados, Provincias, Subdivisiones Políticas o autoridades locales, cualquiera fuera el sistema de percepción.

2. Se considerarán como impuestos sobre la renta y sobre el capital todos los impuestos que gravan la renta total, o el capital total, o cualquier parte de los mismos, incluídos los impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles o inmuebles, como así también a los impuestos sobre la revaluación de capital.

3. Los impuestos existentes a los cuales se aplicará este Convenio, son en particular:

a) En la República Federal de Alemania:
   el Impuesto sobre la renta (die Einkommensteuer),
   el Impuesto sobre las sociedades (die Körperschaftsteuer),
   el Impuesto al capital, y (die Vermögensteuer) und
   el Impuesto al comercio (die Gewerbesteuer)
   llamados a continuación «impuesto alemán»

b) in der Argentinischen Republik:
die Gewinnsteuer (Impuesto a las Ganancias),
die Sondergewinnsteuer (Impuesto a los beneficios eventuales),
die Kapitalsteuer (Impuesto al capital de las empresas),
die Vermögensteuer (Impuesto al Patrimonio Neto);
(im folgenden als „argentinische Steuer" bezeichnet).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete deutsche Gewerbesteuer.

Artikel 3
Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat" je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Argentinische Republik und, im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des Steuerrechts des betreffenden Staates;

b) bedeutet der Ausdruck „Person" natürliche Personen und Gesellschaften;

c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

d) bedeuten die Ausdrücke „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" und „eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person" je nach dem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland oder eine in der Argentinischen Republik ansässige Person;

e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats" und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats" je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger"
   aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
   bb) in bezug auf die Argentinische Republik alle Staatsangehörigen der Argentinischen Republik sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Argentinischen Republik geltenden Recht errichtet worden sind;

g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird; ausgenommen sind die Fälle, in denen das Seeschiff oder Luftfahrzeug ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben wird;

b) En la República Argentina:
el Impuesto a las ganancias (die Gewinnsteuer),
el Impuesto a los beneficios eventuales (die Sondergewinnsteuer),
el Impuesto al capital de las empresas (die Kapitalsteuer),
el Impuesto al patrimonio neto (die Vermögensteuer),
llamados a continuación «impuesto argentino»

4. El presente Convenio se aplica también a los impuestos futuros de naturaleza idéntica o análoga, que se agreguen a los actuales o que los sustituyan.

5. Las disposiciones de este Convenio en relación a la imposición a la renta o al capital serán también aplicables al impuesto al comercio alemán, aunque el mismo se calcule sobre una base distinta a la de la renta o el capital.

Artículo 3°
Definiciones generales

1. En este Convenio, a menos que el contexto lo disponga de otro modo:

a) Los términos «un Estado Contratante» y «el otro Estado Contratante» significan la República Federal de Alemania o la República Argentina, tal como el texto lo requiera y, cuando fuera usado en un sentido geográfico, el territorio en que está en vigor la ley impositiva del Estado correspondiente;

b) La expresión «persona» significa una persona física y una sociedad;

c) La expresión «sociedad» significa cualquier persona jurídica o cualquier entidad que es tratada como una persona jurídica a los fines impositivos;

d) Los términos «residente de un Estado Contratante» y «residente del otro Estado Contratante» significan, respectivamente, una persona que es residente de la República Federal de Alemania o una persona que es residente de la República Argentina, tal como el texto lo requiera;

e) Los términos «empresa de un Estado Contratante» y «empresa del otro Estado Contratante» significan, respectivamente, una empresa desarrollada por un residente de un Estado Contratante y una empresa desarrollada por un residente del otro Estado Contratante;

f) La expresión «nacional» significa:
   aa) Con respecto a la República Federal de Alemania, cualquier alemán en el sentido del artículo 116, apartado 1, de la LEY FUNDAMENTAL para la República Federal de Alemania y cualquier persona jurídica, sociedad de personas o asociación, cuyo carácter de tal derive de la legislación en vigor en la República Federal de Alemania;
   bb) Con respecto a la República Argentina, cualquier nacional de la República Argentina y cualquier persona jurídica, sociedad de personas o asociación cuyo carácter de tal derive de las leyes en vigor en la República Argentina.

g) El término «tráfico internacional» significa cualquier transporte por buque o aeronave explotado por una empresa que tiene su dirección efectiva establecida en un Estado Contratante, excepto cuando el buque o la aeronave es explotado solamente entre lugares del otro Estado Contratante;

h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde" auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten der Argentinischen Republik das Ministerium für Wirtschaft (Staatssekretär für Finanzen).

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

h) La expresión «autoridad competente» significa en el caso de la República Federal de Alemania el Ministerio Federal de Finanzas, y en el caso de la República Argentina el Ministerio de Economía (Secretaría de Estado de Hacienda).

2. Para la aplicación del presente Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida de otra manera tendrá, a menos que el texto exija una interpretación diferente, el significado que se le artibuya por la legislación de ese Estado Contratante, relativa a los impuestos que son objeto del presente Convenio.

Artikel 4
Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in ihrem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die ihren Wohnsitz, ihren ständigen Aufenthalt, ihren gewöhnlichen Aufenthalt, den Ort ihrer Geschäftsleitung oder ihren Sitz in diesem Staat hat.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;

d) besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artículo 4°
Domicilio Fiscal

1. A los fines de este Convenio, el término «residente de un Estado Contratante» significa cualquier persona que tiene su domicilio, residencia, lugar de estadía habitual, lugar de dirección o sede en dicho Estado.

2. Cuando, en virtud de las disposiciones del apartado 1, una persona física es residente de ambos Estados Contratantes, el caso será resuelto de acuerdo con las siguientes reglas:

a) Será considerada residente del Estado Contratante en el cual tiene una vivienda permanente disponible; si tiene una vivienda permanente disponible en ambos Estados Contratantes, será considerada residente del Estado Contratante con el que mantenga relaciones personales y económicas más estrechas (centro de intereses vitales);

b) Si no pudiera determinarse el Estado Contratante en el cual tiene su centro de intereses vitales o si no tuviera una vivienda permanente disponible en ninguno de los Estados Contratantes, será considerada residente del Estado Contratante donde vive de manera habitual;

c) Si viviera de manera habitual en ambos Estados Contratantes o no lo hiciera en ninguno de ellos, será considerada residente del Estado Contratante del cual es nacional;

d) Si es nacional de ambos Estados Contratantes o no lo es de ninguno de ellos, las autoridades competentes de los Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

3. Cuando en virtud de las disposiciones del apartado 1), una persona, que no sea una persona física, sea residente de ambos Estados Contratantes, se la considerará residente del Estado Contratante en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

Artikel 5
Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte" umfaßt insbesondere

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte,

Artículo 5°
Establecimiento permanente

1. A los fines de este Convenio, la expresión «establecimiento permanente» significa un lugar fijo de negocios en el que una empresa efectúa toda o parte de su actividad.

2. La expresión «establecimiento permanente» incluye especialmente:

a) un lugar de dirección;

b) una sucursal;

c) una oficina;

d) una fábrica;

e) un taller;

f) eine Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Naturschätzen,

g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt. Ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats wird jedoch so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, wenn es in diesem anderen Staat durch einen Vertreter – mit Ausnahme der in Absatz 5 erwähnten Personen – Prämien einzieht oder dort gelegene Risiken versichert.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

(7) Ungeachtet des Absatzes 3 Buchstabe d und des Absatzes 4 wird ein Unternehmen eines Vertragsstaats, das in dem anderen Vertragsstaat eine feste Geschäftseinrichtung oder einen Vertreter im Sinne von Absatz 4 für den Einkauf von Erzeugnissen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, des Bergbaus und der Farmwirtschaft für das Unternehmen hat, im Zusammenhang mit Gewinnen aus dem Einkauf dieser Waren zur Ausfuhr aus dem anderen Vertragsstaat zu einem niedrigeren als dem zwischen unabhängigen Geschäftspartnern vereinbarten Preis so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat.

f) una mina, cantera u otro lugar de extracción de recursos naturales;

g) las obras de construcción o de montaje cuya duración exceda de seis meses.

3. El término „establecimiento permanente" no comprende:

a) La utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercaderías pertenecientes a la empresa;

b) El mantenimiento de un depósito de bienes o mercaderías pertenecientes a la empresa, con el único fin de almacenarlas, exponerlas o entregarlas;

c) El mantenimiento de un depósito de bienes o mercaderías pertenecientes a la empresa con el único fin de que sean procesadas por otra empresa;

d) El mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de adquirir bienes o mercaderías, o de recoger información para la empresa;

e) El mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de hacer publicidad, suministrar información, realizar investigaciones científicas o desarrollar otras actividades similares que tengan carácter preparatorio o auxiliar, siempre que estas actividades se realicen para la empresa.

4. Una persona que actúe en un Estado Contratante por cuenta de una empresa del otro Estado Contratante — salvo que se trate de un agente independiente comprendido en el apartado 5 — será considerado un establecimiento permanente en el Estado primeramente mencionado si tiene, y habitualmente ejerce en este Estado poderes para concluir contratos en nombre de la empresa, a menos que sus actividades se limiten a la compra de bienes o mercaderías para la misma. Sin embargo, una sociedad aseguradora de un Estado Contratante se considerará que tiene un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante siempre que (a través de un representante distinto de las personas a las que les resulta aplicable el apartado 5) reciba premios o asegure riesgos en ese otro Estado.

5. No se considera que una empresa de un Estado Contratante tiene un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante, por el mero hecho de que realice actividades en ese otro Estado por medio de un corredor, un comisionista general o cualquier otro intermediario que goce de una situación independiente, siempre que estas personas actúen en el curso habitual de sus negocios.

6. El hecho de que una sociedad residente de un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad residente del otro Estado Contratante, o que ejerza actividades en este otro Estado (ya sea por medio de un establecimiento permanente o de otro modo) no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en un establecimiento permanente de la otra.

7. No obstante las disposiciones del apartado 3, subapartado d) y apartado 4, cuando una empresa de uno de los Estados Contratantes tenga un lugar fijo de negocios o un agente, comprendido en los términos del apartado 4, en el otro Estado Contratante, con el propósito de adquirir productos agrícolas, forestales, ganaderos, mineros y de granja para la empresa, se considerará que tiene un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante con respecto a los beneficios derivados de la adquisición de esas mercaderías para exportar desde ese Estado Contratante, a un precio inferior al que hubiera sido convenido entre partes independientes.

Artikel 6

Unbewegliches Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf welche die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Naturschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Artículo 6°

Bienes inmuebles

1. Las rentas derivadas de bienes inmuebles pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que tales bienes están situados.

2. La expresión «bien inmueble» será definida de acuerdo con la ley del Estado Contratante en que el bien en cuestión esté situado. El término comprende en cualquier caso los bienes accesorios a la propiedad inmueble, ganado y equipos utilizados en agricultura y forestación, derechos a los que se apliquen las disposiciones de derecho privado relativas a bienes raíces, usufructo de bienes inmuebles y los derechos a pagos variables o fijos por la explotación o el derecho a explotar yacimientos minerales, fuentes y otros recursos naturales. Los buques, embarcaciones y aeronaves no serán consideradas como bienes inmuebles.

3. Las disposiciones del apartado 1 se aplicarán a las rentas derivadas del uso directo, del arrendamiento o de cualquier otra forma de explotación de los bienes inmuebles.

4. Las disposiciones de los apartados 1 y 3 se aplicarán igualmente a las rentas derivadas de los bienes inmuebles de las empresas y de los bienes inmuebles utilizados para el ejercicio de servicios profesionales.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte vorbehaltlich des Artikels 5 Absatz 7 kein Gewinn zugerechnet.

Artículo 7°

Beneficios de las empresas

1. Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante no podrán someterse a imposición en el otro Estado Contratante, a menos que la empresa lleve a cabo negocios en ese otro Estado Contratante a través de un establecimiento permanente situado en él. Si la empresa lleva a cabo negocios en la forma mencionada, sus beneficios podrán ser gravados en el otro Estado pero sólo en la cantidad atribuíble a ese establecimiento permanente.

2. Cuando una empresa de un Estado Contratante lleva a cabo negocios en el otro Estado Contratante mediante un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante serán atribuíbles al establecimiento permanente los beneficios que éste obtendría si fuera una empresa distinta e independiente, ocupada en las mismas o similares actividades, bajo las mismas condiciones y tratase con total independencia con la empresa de la cual es un establecimiento permanente.

3. En la determinación de los beneficios de un establecimiento permanente se permitirá deducir los gastos en que se incurra a los fines de dicho establecimiento, incluyendo los gastos de dirección y de administración general, sea en el Estado en que el establecimiento permanente está situado o en cualquier otra parte.

4. Mientras sea usual en un Estado Contratante determinar los beneficios atribuíbles a los establecimientos permanentes sobre la base de un reparto de los beneficios totales de la empresa entre sus diversas partes, lo establecido en el apartado 2 no impedirá que este Estado Contratante determine de esta manera los beneficios imponibles; sin embargo, el método de reparto adoptado habrá de ser tal que el resultado obtenido esté de acuerdo con los principios enunciados en este artículo.

5. Ningún beneficio, sin perjuicio de las disposiciones del artículo 5° apartado 7, será atribuído a un establecimiento permanente por el solo hecho de que éste compre bienes o mercaderías para la empresa.

(6) Bei der Anwendung der Absätze 1 bis 5 sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Hat eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person eine Betriebstätte in der Argentinischen Republik, so darf die argentinische Steuer auf die Gewinne dieser Betriebstätte, gleichgültig ob die Steuer bei der Betriebstätte selbst, bei der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person oder bei beiden erhoben wird, die Steuer, die nach argentinischem Recht auf die Gewinne einer in der Argentinischen Republik ansässigen Gesellschaft entfällt, sowie zusätzlich 15 vom Hundert dieser Gewinne, ermittelt nach Abzug der genannten Steuer auf die Gewinne einer Gesellschaft, nicht übersteigen.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

6. A los fines de los apartados precedentes, los beneficios atribuibles al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos suficientes para proceder de otra manera.

7. Cuando un residente de la República Federal de Alemania tenga un establecimiento permanente en la República Argentina, el impuesto argentino sobre los beneficios de ese establecimiento permanente, ya sea que recaiga sobre el establecimiento permanente como tal, sobre el residente mencionado o sobre ambos, no excederá el impuesto que conforme a la ley argentina resulta aplicable a los beneficios de una sociedad domiciliada en la República Argentina, más el quince por ciento de tales beneficios calculados después de la deducción del impuesto antes indicado.

8. Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos de este Convenio, las disposiciones de aquéllos no quedarán afectadas por las del presente artículo.

Artikel 8
Seeschiffe und Luftfahrzeuge

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

Artículo 8°
Buques y aeronaves

1. Los beneficios provenientes de la explotación de buques o aeronaves en el tráfico internacional sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el que se encuentra ubicada la sede de dirección efectiva de la empresa.

2. Las disposiciones del apartado 1 serán igualmente aplicables a las participaciones — en «pools», en empresas conjuntas o en una agencia de operaciones internacionales — que posea una empresa dedicada a la explotación de buques o aeronaves en el tráfico internacional.

3. Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que la misma se encuentra en el Estado Contratante donde está ubicado el puerto de origen del buque y, si no existiere tal puerto de origen, en el Estado Contratante en el que resida la persona que explota el buque.

Artikel 9
Verbundene Unternehmen

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artículo 9°
Empresas asociadas

Cuando:

a) Una empresa de un Estado Contratante participe directa o indirectamente en la dirección, control o capital de una empresa del otro Estado Contratante, o

b) Las mismas personas participen directa o indirectamente en la dirección, control o capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y en uno y otro caso, las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones, aceptadas o impuestas, que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que una de las empresas habría obtenido de no existir estas condiciones y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, pueden ser incluídos en los beneficios de esta empresa y sometidos en consecuencia, a imposición.

Artikel 10
Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artículo 10
Dividendos

1. Los dividendos pagados por una sociedad residente de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en este último Estado.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind, sowie Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, welche die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen

a) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, wenn sie im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit, für ein von einer Bank gewährtes Darlehen jeder Art sowie im Zusammenhang mit der Finanzierung öffentlicher Arbeiten gezahlt werden;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen in allen anderen Fällen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt folgendes:

a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die argentinische Regierung oder die Zentralbank der Argentinischen Republik gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;

b) Zinsen, die aus der Argentinischen Republik stammen und an die deutsche Regierung, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die

2. Sin embargo, tales dividendos pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que resida la sociedad que pague los dividendos y de acuerdo con las leyes de este Estado, pero el impuesto así exigido no deberá exceder del 15 por ciento del importe bruto de los dividendos.

3. El término «dividendos», tal como está utilizado en este artículo significa las rentas de acciones, de participaciones mineras, de acciones de fundador o de otros derechos — excepto las que correspondan a créditos — con participación en los beneficios, así como las rentas de otras participaciones sociales que se asimilen a las rentas provenientes de acciones por la legislación fiscal del Estado en que reside la sociedad que las distribuye, y las rentas del capital comanditario y las distribuciones que correspondan a las cuotas parte de un fondo común de inversión.

4. No se aplicarán las disposiciones de los apartados 1 y 2 cuando el beneficiario de los dividendos, residente en un Estado Contratante, lleva a cabo actividades empresariales o comerciales en el otro Estado Contratante en el que reside la sociedad que paga los dividendos, mediante un establecimiento permanente situado en éste, o preste servicios profesionales en ese otro Estado Contratante a través de un lugar fijo situado en éste, y la participación que genera los dividendos se vincula efectivamente a ese establecimiento permanente o lugar fijo. En tal caso, deberán aplicarse las disposiciones del artículo 7° o del artículo 14, según corresponda.

5. Cuando una compañía residente de un Estado Contratante obtiene beneficios o rentas del otro Estado Contratante, ese otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad a personas que no sean residentes de ese otro Estado, o someter los beneficios no distribuídos de la sociedad a un impuesto sobre beneficios no distribuídos, aún cuando los dividendos pagados o los beneficios no distribuídos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas originados en ese otro Estado.

Artículo 11

Intereses

1. Los intereses originados en un Estado Contratante y pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en ese otro Estado.

2. No obstante, tales intereses pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el que se originan y de acuerdo con las leyes del mismo, pero el impuesto resultante no deberá exceder el:

a) diez por ciento del importe bruto de tales intereses si los mismos se pagan en virtud de créditos originados en la venta de equipos industriales, comerciales o científicos, o se originan en cualquier clase de préstamos concedidos por un banco, como así también los correspondientes a la financiación de obras públicas;

b) quince por ciento del importe bruto de tales intereses en los demás casos.

3. No obstante las disposiciones del apartado 2:

a) Los intereses originados en la República Federal de Alemania y pagados al Gobierno Argentino o al Banco Central de la República Argentina, estarán exentos del impuesto alemán;

b) Los intereses originados en la República Argentina y pagados al Gobierno Alemán, al Banco Federal de Alemania, o al Instituto de Crédito para la Recon-

Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) gezahlt werden, sind von der argentinischen Steuer befreit.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen in gegenseitigem Einvernehmen alle sonstigen staatlichen Einrichtungen, auf die dieser Absatz Anwendung findet.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(5) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Provinzen oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für welche die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen, die entfallen auf

a) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, wenn es sich bei dem Empfänger um den Autor oder dessen Erben handelt; oder

b) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen,

strucción, o a la Sociedad Alemana para la Cooperación Económica (Sociedad para el Desarrollo) estarán exentos del impuesto argentino.

Las autoridades competentes de los Estados Contratantes determinarán, de común acuerdo, a qué otras instituciones gubernamentales se les aplicarán las disposiciones del presente apartado.

4. El término «intereses» empleado en este artículo, significa las rentas provenientes de títulos públicos, bonos o debentures con garantía real o sin ella, con o sin derecho a participar en las utilidades, y de créditos de cualquier naturaleza, así como de otras rentas asimiladas a las rentas derivadas de préstamos en dinero por la ley impositiva del Estado del cual provienen.

5. Las disposiciones del apartado 1 no se aplicarán si el receptor de los intereses, residente de un Estado Contratante, lleva a cabo en el otro Estado Contratante en el cual los intereses se originan, actividades comerciales o empresariales mediante un establecimiento permanente en él situado, o preste servicios profesionales en ese otro Estado Contratante mediante un lugar fijo en él situado, y el crédito al que corresponda el pago del interés se vincula efectivamente con tal establecimiento permanente o lugar fijo. En tal caso, se aplicarán las disposiciones del artículo 7° o del artículo 14, según corresponda.

6. El interés se entenderá originado en un Estado Contratante, cuando el pagador sea el mismo Estado Contratante, un estado federado, una provincia, una subdivisión política o una autoridad local o un residente de ese Estado. Sin embargo, cuando la persona que pague el interés, sea o no residente de un Estado Contratante, posea en un Estado Contratante un establecimiento permanente en conexión con el cual se incurrió en la deuda cuyo interés se paga y el mismo sea soportado por dicho establecimiento permanente, tal interés se entenderá como originado en el Estado Contratante en el cual está situado el establecimiento permanente.

7. Cuando, debido a vinculaciones especiales existentes entre el deudor y el acreedor o las que ambos tengan con terceros, el importe del interés pagado, teniendo en cuenta el crédito por el que provienen, exceda el que sería convenido entre el deudor y el acreedor en ausencia de tales vinculaciones, las disposiciones del presente artículo sólo se aplicarán a este último importe. En tal caso, el excedente de los pagos seguirá siendo imponible de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artículo 12

Regalías

1. Las regalías originadas en un Estado Contratante y pagadas a un residente del otro Estado Contratante puede someterse a imposición en ese otro Estado.

2. Sin embargo, tales regalías pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el cual se originan, y de acuerdo con la legislación de ese Estado, pero la alícuota no deberá exceder el 15 por ciento del importe bruto de las regalías originadas:

a) por el uso, o la concesión del uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, si el beneficiario es el autor o su derechohabiente; o

b) por el uso o la concesión del uso de patentes, marcas de fabrica, diseños o modelos, planes, fórmulas o pro-

geheimen Formeln oder Verfahren oder die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

Solange der Technologie-Transfer nach argentinischem Recht genehmigungspflichtig ist, ist die unter Buchstabe b erwähnte Begrenzung des Steuersatzes bei den aus der Argentinischen Republik stammenden Lizenzgebühren nur dann anzuwenden, wenn der den Lizenzgebühren zugrundeliegende Vertrag von den argentinischen Behörden genehmigt worden ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Provinzen oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässge Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen

cesos secretos, o por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas;

En tanto la transferencia de tecnología esté sujeta a aprobación, de acuerdo con la ley argentina, la limitación de la tasa para las regalías comprendidas en el inciso b) será unicamente aplicable, en el caso de regalías originadas en la República Argentina, si el contrato que origina tales regalías está aprobado por las autoridades argentinas.

3. El término «regalías» tal como está usado en este artículo, comprende los montos de cualquier clase pagados por el uso o la concesión del uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, incluidas las películas cinematográficas o grabaciones (tapes) para televisión o radio, patentes, marcas, diseños, modelos, planes, fórmulas o procesos secretos, por el uso o la concesión del uso de equipos industriales, comerciales o científicos, o por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas.

4. Las disposiciones de los apartados 1 y 2 no serán aplicables si el beneficiario de las regalías, residente de un Estado Contratante, lleva a cabo en el otro Estado Contratante — en el cual se originan las regalías — actividades comerciales o industriales a través de un establecimiento permanente situado en él, o presta en ese otro Estado Contratante servicios profesionales desde un lugar fijo situado en él y el derecho o bien que origina las regalías está vinculado efectivamente con tal establecimiento permanente o lugar fijo. En tal caso serán aplicables las disposiciones del artículo 7° o del artículo 14, según corresponda.

5. Las regalías serán consideradas originadas en un Estado Contratante cuando el pagador es ese mismo Estado, un Estado Federado, una subdivisión política, una provincia, una autoridad local o un residente de ese Estado. Sin embargo, cuando la persona que pague las regalías, sea o no residente de un Estado Contratante, posea en un Estado Contratante un establecimiento permanente en conexión con el cual se haya incurrido en la obligación de pagar las regalías y las mismas sean soportadas por dicho establecimiento permanente, tales regalías se entenderán como originadas en el Estado Contratante en el cual está situado el establecimiento permanente.

6. Cuando, debido a vinculaciones especiales existentes entre el deudor y el acreedor o a las que ambos tengan con terceros, el importe de las regalías pagadas — teniendo en cuenta el uso, derecho o información por las que son pagadas — excede el monto que habría sido acordado entre el deudor y el acreedor en ausencia de tales vinculaciones, las disposiciones de este artículo sólo se aplicarán a este último importe. En este caso, el excedente de los pagos se someterá a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniéndose en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artículo 13

Ganancias de Capital

1. Las ganancias originadas en la enajenación de bienes inmuebles, conforme se definen en el apartado 2 del artículo 6°, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que tales bienes estén situados.

2. Las ganancias originadas en la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un

Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von in einem Vertragsstaat registrierten Seeschiffen, Luftfahrzeugen und Kraftfahrzeugen können in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist. Ist eine Person auf Grund des Artikels 4 Absatz 1 in beiden Vertragsstaaten ansässig und gilt sie nach Absatz 2 oder 3 des genannten Artikels als in einem der beiden Vertragsstaaten ansässig, so können die aus einem dritten Staat bezogenen Veräußerungsgewinne in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, vorausgesetzt, daß die Veräußerungsgewinne nicht im erstgenannten Staat besteuert werden.

Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a un lugar fijo que un residente de un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de servicios profesionales, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación del establecimiento permanente (solo o con el conjunto de la empresa) o de dicho lugar fijo, podrán someterse a imposición en este otro Estado. Sin embargo, las ganancias originadas en la enajenación de bienes muebles mencionadas en el apartado 3 del artículo 22, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante al que, de acuerdo con dicho artículo, corresponde el derecho a gravarlos.

3. Las ganancias originadas en la enajenación de acciones de una sociedad que es residente de un Estado Contratante, pueden someterse a imposición en ese Estado.

4. Las ganancias originadas en la enajenación de buques, aeronaves y automotores registrados en un Estado Contratante, pueden someterse a imposición en ese Estado.

5. Las ganancias originadas en la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los apartados 1 a 4 sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que reside el enajenante. Cuando en razón de las previsiones del apartado 1 del artículo 4°, una persona es residente de ambos Estados Contratantes y, de acuerdo con las previsiones de los apartados 2 o 3 de dicho artículo, es considerada residente de uno de los Estados Contratantes, las ganancias de capital originadas en un tercer Estado pueden someterse a imposición en el otro Estado Contratante, siempre que tales ganancias de capital no estén sometidas a imposición en el primero de los Estados mencionados.

Artikel 14
Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und der Angehörigen der wirtschaftsberatenden Berufe.

Artículo 14
Profesiones liberales

1. Las rentas obtenidas por un residente de un Estado Contratante por la prestación de servicios profesionales o el ejercicio de otras actividades independientes de naturaleza análoga, sólo pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que dicho residente disponga de manera habitual en el otro Estado Contratante de un lugar fijo para el ejercicio de su actividad. En este último caso, dichas rentas pueden someterse a imposición en el otro Estado, pero sólo en la medida en que proceda atribuirlas al lugar fijo.

2. La expresión «profesiones liberales» comprende, especialmente, las actividades independientes de carácter científico, literario, artístico, educativo o pedagógico, así como las actividades independientes de médicos, abogados, ingenieros, arquitectos, odontólogos y contadores.

Artikel 15
Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige

Artículo 15
Profesiones dependientes

1. Sujetos a las disposiciones del artículo 16, del artículo 18 y del 19, los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por un residente de un Estado Contratante en virtud de un empleo, sólo pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que el empleo se ejerza en el otro Estado Contratante. Si el empleo se ejerce en este último Estado, las remuneraciones derivadas del mismo pueden someterse a imposición en este Estado.

2. No obstante las disposiciones del apartado 1, las remuneraciones obtenidas por un residente de un Estado Contratante en virtud de un empleo ejercido en el otro

Arbeit bezieht, in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, oder Einkünfte, die ein Unternehmen aus der Zurverfügungstellung von Diensten der berufsmäßigen Künstler oder Sportler bezieht, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Aufenthalt der berufsmäßigen Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder im wesentlichen Umfang von öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird.

Artikel 18

Öffentliche Kassen

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land, der Provinz oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für unselbständige Arbeit gewährt werden, können in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat von einem Angehörigen dieses Staates ausgeübt wird oder wurde, der nicht Angehöriger des erstgenannten Staates ist. In diesem Fall können die Vergütungen im erstgenannten Vertragsstaat nicht besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung auf Vergütungen für unselbständige Arbeit im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften.

Estado Contratante, sólo pueden someterse a imposición en el primer Estado si:

a) el empleado no permanece en total en el otro Estado, en uno o varios períodos, más de 183 días durante el año calendario;

b) las remuneraciones se pagan por, o en nombre de un empleador que no es residente del otro Estado; y

c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o un lugar fijo que el empleador posee en el otro Estado.

3. No obstante las disposiciones precedentes de este artículo, las remuneraciones obtenidas en virtud de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave en tráfico internacional, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

Artículo 16

Honorarios de directores

Los honorarios de directores y otras retribuciones similares obtenidos por un residente de un Estado Contratante, en su calidad de miembro del directorio de una sociedad, residente del otro Estado Contratante, pueden ser sometidos a imposición en este último Estado.

Artículo 17

Artistas y deportistas

1. No obstante las disposiciones de los artículos 7, 14 y 15, las rentas obtenidas por los profesionales del espectáculo, tales como los artistas de teatro, cine, radiodifusión o televisión y los músicos, así como por los deportistas, por sus actividades personales o las rentas obtenidas de la prestación por una empresa de los servicios de tales profesionales del espectáculo o deportistas, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que estas actividades son desarrolladas.

2. Las disposiciones del apartado 1 no se aplicarán si la visita de los profesionales del espectáculo o deportistas a un Estado Contratante es sufragada total o sustancialmente por fondos públicos del otro Estado Contratante, un Estado Federado, una provincia, una subdivisión política o una autoridad local de este último Estado.

Artículo 18

Fondos Públicos

1. Las remuneraciones, incluídas las pensiones, pagadas por un Estado Contratante, un Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o una autoridad local de éste, directamente o a través de los fondos por ellas creados, a una persona física en virtud de un empleo desempeñado en ese Estado no pueden someterse a imposición en el otro Estado Contratante, a menos que sea, o haya sido ejercido en el otro Estado Contratante por un nacional de ese otro Estado que no sea nacional del Estado mencionado en primer término. En tal caso, dicha remuneración no puede someterse a imposición en el Estado Contratante mencionado en primer término.

2. No obstante las previsiones del apartado 1, las disposiciones de los artículos 15, 16 y 17 se aplicarán a las remuneraciones respecto de un empleo relacionadas con actividades comerciales llevadas a cabo por un Estado Contratante, un Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o una autoridad local del mismo, con el propósito de obtener beneficios.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land, der Provinz oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

3. Se aplicarán, asimismo, las disposiciones del apartado 1 respecto a las remuneraciones pagadas, dentro de un programa de asistencia para el desarrollo de un Estado Contratante, un Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o una autoridad local del mismo con fondos suministrados exclusivamente por ese Estado, ese Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o autoridades locales del mismo, a especialistas o voluntarios que se desempeñen en el otro Estado Contratante con el consentimiento de ese otro Estado.

Artikel 19

Ruhegehälter und Renten

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für in dem anderen Vertragsstaat früher geleistete unselbständige Arbeit gezahlt werden, in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Renten, die in einem Vertragsstaat im Rahmen der öffentlichen Sozialversicherung gezahlt werden, können in diesem Staat besteuert werden.

Artículo 19

Jubilaciones y pensiones

1. Sujetas a las disposiciones del artículo 18, las jubilaciones y remuneraciones similares pagadas a un residente de un Estado Contratante en relación al desempeño de un empleo anterior en el otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en ese otro Estado.

2. Las anualidades abonadas por un Estado Contratante en virtud de un sistema de seguridad social pueden someterse a imposición en ese Estado.

Artikel 20

Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Vergütungen, die ein Hochschullehrer oder Lehrer, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar vorher dort ansässig war und der sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen Lehranstalt in den anderen Vertragsstaat begibt, für diese Arbeit bezieht, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, vorausgesetzt, daß er die Vergütungen von außerhalb dieses anderen Staates bezieht.

(2) Ist oder war eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre und Praktikanten) vorübergehend auf, so ist sie vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit

a) hinsichtlich der für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und

b) während der Dauer von insgesamt höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 6000 DM oder deren Gegenwert in argentinischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die sie in dem anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

(3) Ist oder war eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung oder zur Ausbildung als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe, das von der Regierung eines Vertragsstaats durchgeführt wird, vorübergehend auf, so ist sie mit dem Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit hinsichtlich

Artículo 20

Docentes, Estudiantes y Personas que siguen cursos de capacitación

1. La remuneración que recibe por su trabajo un profesor o maestro que sea o haya sido inmediatamente antes residente de un Estado Contratante y que visita el otro Estado Contratante por un período no mayor de dos años a los fines de realizar estudios avanzados o investigaciones o de enseñar en una universidad, colegio superior, escuela u otra institución educacional, no será gravada en ese otro Estado en tanto que dicha remuneración provenga del exterior de ese otro Estado.

2. Un individuo que sea o haya sido residente de un Estado Contratante inmediatamente antes de visitar el otro Estado Contratante y se encuentre en forma temporaria en ese otro Estado, únicamente como estudiante de una universidad, colegio superior, escuela u otra institución educacional similar de ese otro Estado o capacitándose como aprendiz (que incluye en el caso de la República Federal de Alemania un Volontär o un Praktikant) será eximido de impuestos en ese otro Estado a partir de la llegada a éste en relación con esa visita:

a) Sobre todas las remesas que reciba del exterior a los fines de su mantenimiento, educación o capacitación; y

b) Por un período que no exceda en conjunto de tres años, sobre cualquier remuneración no superior a 6 000 DM o el equivalente en moneda argentina por año calendario, por servicios personales prestados en ese otro Estado Contratante a fin de complementar los recursos de que dispone para esos fines.

3. Un individuo que sea o haya sido residente de un Estado Contratante inmediatamente antes de visitar el otro Estado Contratante y se encuentra en forma temporaria en ese otro Estado únicamente con fines de estudio, investigación o capacitación, como beneficiario de una subvención, asignación o beca de una organización científica, educativa, religiosa o de caridad o en virtud de un programa de asistencia técnica desarrollado por el Gobierno de un Estado Contratante, no será sometido a imposición en ese otro Estado en relación con esa visita, desde el primer día de su llegada al mismo:

a) dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums und

b) aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland.

a) sobre el monto de dicha subvención, asignación o beca;

b) sobre todas las remesas que reciba del exterior a los fines de su mantenimiento, educación o capacitación.

Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

(1) Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Artikel 13 Absatz 5 Satz 2 gilt entsprechend für aus dritten Staaten stammende Einkünfte.

Artículo 21

Rentas no mencionadas expresamente

1. Las rentas de un residente de un Estado Contratante que no estén expresamente mencionadas en los artículos precedentes de este Acuerdo solamente serán imponibles en ese Estado.

2. Las disposiciones del apartado 5, última parte del artículo 13, serán igualmente aplicadas a las rentas provenientes de un tercer estado.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Die folgenden Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden:

a) Anteile an einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft;

b) in dem anderen Vertragsstaat registrierte Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Kraftfahrzeuge.

(5) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden. Artikel 13 Absatz 5 Satz 2 gilt entsprechend für in dritten Staaten gelegenes Vermögen.

(6) Kann ein Vertragsstaat nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels einen Vermögensteil besteuern, so können in diesem Vertragsstaat bei der Festsetzung der Bemessungsgrundlage zumindest die tatsächlich zu diesem Vermögensteil gehörenden Schulden zum Abzug zugelassen werden, vorausgesetzt, daß die Steuer vom Nettowert des Vermögensteils erhoben wird.

Artículo 22

Patrimonio

1. El patrimonio constituído por bienes, inmuebles, tal como se definen en el apartado 2 del artículo 6, puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que los bienes estén situados.

2. El patrimonio constituído por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente de una empresa, o por bienes muebles que pertenezcan a un lugar fijo utilizado para el ejercicio de una actividad profesional, puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que el establecimiento permanente o el lugar fijo estén situados.

3. Los buques y aeronaves explotados en tráfico internacional, así como los bienes muebles afectados a su explotación, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

4. Pueden someterse a imposición, en un Estado Contratante, los componentes del patrimonio de un residente del otro Estado Contratante que se indican a continuación:

a) Acciones de una sociedad domiciliada en el Estado Contratante mencionado en primer término;

b) Buques, aeronaves y vehículos que estén registrados en el Estado Contratante mencionado en primer término.

5. Todos los demás elementos del patrimonio de un residente de un Estado Contratante, sólo pueden someterse a imposición en ese Estado. Las disposiciones del artículo 13, apartado 5, última parte, se aplicarán, asimismo, al patrimonio situado en un tercer Estado.

6. A los efectos de la determinación de la materia imponible, el Estado Contratante que puede someter a imposición un componente del patrimonio, de acuerdo con las disposiciones precedentes de este artículo, deberá admitir la deducción de las deudas efectivamente vinculadas con ese componente del patrimonio, siempre que el impuesto se aplique al valor neto de tal componente del patrimonio.

Artikel 23

Befreiung von der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person werden folgende aus der Argentinischen Republik stammende Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Argentinischen Republik besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen:

Artículo 23

Métodos para atenuar la doble imposición

1. En el caso de un residente de la República Federal de Alemania deberán excluirse de la base sobre la que se aplica el impuesto alemán los siguientes rubros de renta originados en la República Argentina, los que de acuerdo con este Convenio pueden ser gravados en este último Estado:

a) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das in der Argentinischen Republik gelegenes Betriebsvermögen darstellt, und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens;

b) Unternehmensgewinne und Gewinne, die unter Artikel 7 und Artikel 13 Absatz 2 fallen;

c) Dividenden, die unter Artikel 10 fallen und die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Argentinischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört;

d) Vergütungen, die unter Artikel 15 und Artikel 18 Absätze 1 und 3 fallen.

Die Bundesrepublik Deutschland behält jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für alle in der Argentinischen Republik gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Argentinischen Republik besteuert werden können, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder auszunehmen wären.

(2) Soweit nicht Absatz 1 anzuwenden ist, wird auf die von den aus der Argentinischen Republik stammenden Einkünften zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer und auf die von dem in der Argentinischen Republik gelegenen Vermögen zu erhebende deutsche Vermögensteuer die argentinische Steuer angerechnet, die nach argentinischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte oder dieses Vermögen entfällt.

(3) Für die Zwecke der in Absatz 2 erwähnten Anrechnung wird davon ausgegangen, daß die argentinische Steuer beträgt

a) bei Dividenden und bei den in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b erwähnten Lizenzgebühren 20 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlung;

b) bei Zinsen 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlung.

(4) Bei einer in der Argentinischen Republik ansässigen Person werden alle aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte und alle in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der argentinischen Steuer ausgenommen. Die Argentinische Republik behält jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

a) Las rentas procedentes de bienes inmuebles que formen parte del patrimonio comercial de una empresa situada en la República Argentina y las ganancias provenientes de su enajenación;

b) Las utilidades comerciales y las ganancias a las que se aplican los artículos 7° y 13, apartado 2;

c) Los dividendos a los que se refiere el artículo 10, pagados a una sociedad residente en la República Federal de Alemania por una sociedad residente en la República Argentina, siempre que la sociedad alemana fuera titular de manera directa, del 25 % como mínimo del capital de la sociedad argentina;

d) Las remuneraciones a las cuales se aplican los artículos 15 y 18, apartados 1 y 3.

No obstante, la República Federal de Alemania podrá, en la determinación de la alícuota aplicable, tomar en consideración los tipos de renta excluídos de la base sobre la cual se calcula el impuesto alemán.

Las disposiciones precedentes serán también aplicables a todos los componentes del patrimonio situados en la República Argentina que, en los términos de este Convenio, pueden someterse a imposición en la República Argentina, si la renta originada allí está, o debiera estar, excluída de la base sobre la cual se aplica el impuesto alemán.

2. Excepto en los casos en los que resultan de aplicación las disposiciones del apartado 1, el correspondiente impuesto argentino, pagado de acuerdo con las leyes de la República Argentina y conforme a los términos de este Convenio, deberá computarse como crédito contra el impuesto a la renta y el impuesto a las sociedades alemán, respecto de las rentas originadas en la República Argentina, y como crédito contra el impuesto al patrimonio alemán, aplicable sobre el patrimonio situado en la República Argentina. No obstante, dicho crédito no excederá la parte correspondiente al impuesto alemán calculado antes de su respectivo cómputo en el impuesto a la renta o en el impuesto al capital, según corresponda.

3. A los efectos del cómputo del crédito a que se refiere el apartado 2, el impuesto argentino ascenderá al:

a) 20 por ciento del monto bruto que se pague en el caso de dividendos y regalías comprendidas en el apartado 2, subapartado b), del artículo 12;

b) 15 por ciento del monto bruto que se pague en el caso de intereses.

4. En el caso de un residente de la República Argentina se excluirá de la base sobre la cual se grava el impuesto argentino cualquier tipo de renta originada en la República Federal de Alemania y cualquier patrimonio situado en la República Federal de Alemania que de conformidad con este Convenio puede ser gravado en la República Federal de Alemania. No obstante la República Argentina conserva el derecho de incluir en la determinación de la alícuota aplicable los rubros de renta y patrimonio así excluídos.

Artículo 24

No discriminación

1. Los nacionales de un Estado Contratante no estarán sujetos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto u obligación relacionada con el mismo que sea diferente o que sea más oneroso, que los impuestos u obligaciones a los que los nacionales de ese otro Estado, en las mismas circunstancias, están o pudieran estar sujetos.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) Außer in den Fällen der Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 und Artikel 12 Absatz 6 sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Vorbehaltlich des Artikels 22 Absatz 6 sind dementsprechend Schulden eines Unternehmens eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens wie Schulden an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung" Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25
Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zum Zweck der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

2. Un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no será gravado en ese otro Estado en forma menos favorable que las empresas de este último Estado que desarrollan las mismas actividades.

La presente disposición no se interpretará como obligación para un Estado Contratante de otorgar a los residentes del otro Estado Contratante cualquier deducción personal, desgravación y reducción para fines impositivos que otorga a sus propios residentes en consideración a su estado civil o responsabilidades familiares o cualquier otra circunstancia personal.

3. Las empresas de un Estado Contratante, cuyo capital pertenezca, a uno o más residentes del otro Estado Contratante o sea controlado total o parcialmente, en forma directa o indirecta, por uno o más residentes del otro Estado Contratante, no estarán sujetas en el Estado Contratante mencionado en primer término a ninguna imposición y obligación, distinta o más gravosa que aquellas a las que estén o pueden estar sujetas otras empresas similares en el Estado mencionado en primer término.

4. Excepto, cuando se apliquen las disposiciones del artículo 9°, del apartado 7 del artículo 11 o del apartado 6 del artículo 12, los intereses, regalías y otros gastos pagados por una empresa de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante, serán deducibles, a los efectos de determinar el beneficio imponible de dicha empresa, en las mismas condiciones que si hubiera sido pagado a un residente del Estado mencionado en primer término. Sujetas a las disposiciones del apartado 6 del artículo 22, cualquier deuda que una empresa de un Estado Contratante posea con un residente del otro Estado Contratante será deducible, a los efectos de determinar el patrimonio imponible de dicha empresa, de manera similar a las deudas contraídas con un residente del Estado mencionado en primer término.

5. En el presente artículo el término «imposición» significa impuestos de cualquier clase.

Artículo 25
Procedimiento amistoso

1. Cuando un residente de un Estado Contratante considere que las medidas tomadas por uno o ambos Estados Contratantes representan o pueden representar para él una imposición que no se ajusta al presente Convenio, puede, independientemente de los recursos previstos por la legislación nacional de esos Estados, someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante del que es residente.

2. La autoridad competente, si la objeción pareciera ser justificada y si ella misma no pudiera llegar a una solución apropiada, deberá tratar de resolver el caso de mutuo acuerdo con la autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar una imposición que no se ajuste al presente Convenio.

3. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes tratarán de resolver, de mutuo acuerdo, cualesquiera dificultades o dudas que planteara la interpretación o aplicación del presente Convenio. También pueden consultarse respecto a la eliminación de la doble imposición en los casos no previstos en el presente Convenio.

4. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes pueden comunicarse entre sí en forma directa, con el fin de aplicar las disposiciones del presente Convenio.

Artikel 26
Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen, Behörden oder Gerichten zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder mit der Prüfung von Rechtsbehelfen oder strafrechtlicher Verfolgung in bezug auf diese Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Angaben zu ermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artículo 26
Intercambio de información

1. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán la información que fuera necesaria para la aplicación del presente Convenio. Cualquier información así intercambiada será tratada como secreta y no será revelada a ninguna persona, autoridades o tribunales que no sean a los que compete la aplicación o cobro de los impuestos objeto del presente Convenio o la interposición de apelaciones o el procesamiento de delitos relacionados con dichos impuestos.

2. En ningún caso las disposiciones del apartado 1 se interpretarán como imponiendo a uno de los Estados Contratantes la obligación de:

a) tomar medidas administrativas en oposición con las leyes o la práctica administrativa de ese o del otro Estado Contratante;

b) suministrar detalles que no pueden obtenerse en virtud de las leyes o en el curso normal de la administración de ese o del otro Estado Contratante;

c) suministrar información que revele cualquier secreto comercial, de negocios, industrial, o profesional, o procedimientos de comercio o información cuya revelación pudiera ser lesiva para la seguridad pública.

Artikel 27
Diplomatische und konsularische Vorrechte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die diplomatischen und konsularischen Steuervergünstigungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen wegen der einer Person nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer internationaler Übereinkünfte zustehenden Vergünstigungen im Empfangstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Bei Anwendung dieses Abkommens gelten die Personen, die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat sind, sowie die ihnen nahestehenden Personen als im Entsendestaat ansässig, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaats besitzen und dort zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen herangezogen werden.

Artículo 27
Privilegios diplomáticos y consulares

1. El presente Convenio no afectará los privilegios diplomáticos o consulares otorgados en virtud de las normas generales de derecho internacional o de las disposiciones de acuerdos especiales.

2. En la medida en que debido a los beneficios mencionados, otorgados a una persona en virtud de las normas generales de derecho internacional o de las disposiciones internacionales de acuerdos especiales, la renta o el capital no estén sujetos a impuestos en el Estado receptor, el derecho a imposición estará reservado al Estado remitente.

3. A los fines del presente Convenio, las personas que sean miembros de una misión diplomática o consular de un Estado Contratante en el otro Estado Contratante o en un tercer Estado, así como las personas relacionadas con tales personas, y que son nacionales del Estado remitente, serán consideradas como residentes del Estado remitente si están sujetas en éste a las mismas obligaciones con respecto a los impuestos sobre la renta y el capital que los residentes de ese Estado.

Artikel 28
Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Argentinischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artículo 28
Land Berlín

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlín, a menos que el Gobierno de la República Federal de Alemania haga una declaración en contrario al Gobierno de la República Argentina dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artikel 29
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn, Bundesrepublik Deutschland ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

Artículo 29
Entrada en Vigor

1. El presente Convenio será ratificado y los instrumentos de ratificación se canjearán en Bonn a la brevedad posible.

2. El presente Convenio entrará en vigor el trigésimo día posterior a la fecha de canje de los instrumentos de ratificación y tendrán efecto:

a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1976 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;

b) in der Argentinischen Republik auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1976 beginnenden Steuerjahre erhoben werden;

c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Zahlungen, die nach dem 31. Dezember 1975 geleistet werden.

a) en la República Federal de Alemania con respecto a los impuestos aplicados para cualquier período impositivo que comience el 1° de enero de 1976 o con posterioridad a esa fecha;

b) en la República Argentina con respecto a los impuestos que se apliquen para cualquier año fiscal que comience el 1° de enero de 1976 o con posterioridad a esa fecha;

c) en ambos Estados Contratantes con respecto a impuestos retenidos en la fuente sobre cualquier pago hecho con posterioridad al 31 de diciembre de 1975.

Artikel 30

Außerkrafttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die Veranlagungszeiträume erhoben werden, welche auf den Veranlagungszeitraum folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

b) in der Argentinischen Republik auf die Steuern, die für die Steuerjahre erhoben werden, welche auf das Steuerjahr folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Zahlungen, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahrs geleistet werden.

Artículo 30

Terminación

El presente Convenio continuará en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes, antes del treinta de junio de cualquier año calendario que comience después de transcurrido un período de cinco años a partir de su entrada en vigor o con posterioridad a esa fecha podrá enviar al otro Estado Contratante, por vía diplomática, una notificación escrita de terminación y, en ese caso, el presente Convenio dejará de ser efectivo.

a) en la República Federal de Alemania con respecto a impuestos que sean establecidos para cualquier período fiscal siguiente a aquel en que se envió la notificación de terminación;

b) en la República Argentina con respecto a impuestos que sean establecidos para cualquier año fiscal siguiente a aquel en el que se envió la notificación de terminación;

c) en ambos Estados Contratantes con respecto a impuestos retenidos en la fuente sobre cualquier pago hecho con posterioridad al 31 de diciembre del año en que se envió la notificación de terminación.

GESCHEHEN zu Buenos Aires, am dreizehnten Juli neunzehnhundertachtundsiebzig in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

HECHO en Buenos Aires el día trece de julio de mil novecientos setenta y ocho en dos originales, en idioma alemán y español siendo ambos textos igualmente válidos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Joachim Jaenicke

Für die Argentinische Republik
Por la República Argentina
Montes

Protokoll

Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 2:

Das Abkommen gilt auch für die folgenden zeitweilig erhobenen Steuern:

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer;

b) in der Argentinischen Republik:
die Notsteuer auf Unternehmen
(Impuesto de Emergencia a las Empresas) und die Notsteuer auf Einkünfte aus selbständiger und unselbständiger Arbeit (Impuesto de Emergencia a las Retribuciones de Trabajo Personal con o sin relación de dependencia).

Das Abkommen gilt nicht für die argentinische Steuer auf Gewinnüberweisung nach dem Auslandsinvestitionsgesetz. Im Fall einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person darf die Steuer jedoch nicht belastender sein als die in Artikel 15 des Argentinischen Gesetzes Nr. 21.382 vorgesehene Steuer.

(2) Zu Artikel 8 und Artikel 22 Absatz 3:

Die Bestimmungen dieser Artikel gelten entsprechend für alle Steuern, Abgaben und Lizenzrechte, die in den der nationalen Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten der Argentinischen Republik auf die Ausübung von auf Gewinnerzielung gerichteten Tätigkeiten (el ejercicio de actividades lucrativas) erhoben werden. Ungeachtet des Artikels 29 gilt der vorhergehende Satz für alle Steuerjahre, für die noch keine Verjährung eingetreten ist.

Die argentinische Regierung wird die Provinzen auffordern, entsprechende Steuerbefreiungen zu gewähren.

(3) Zu Artikel 22:

Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft in diesem Staat von der Vermögensteuer befreit, so wird auf die in diesem Staat vom Anteilseigner erhobene Vermögensteuer die Vermögensteuer der Gesellschaft angerechnet, die ohne die Befreiung zu zahlen gewesen wäre, solange und soweit das Recht dieses Staates die Anrechnung der letztgenannten Steuer auf die vom Anteilseigner erhobene Vermögensteuer vorsieht.

(4) Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können die dort genannten Erträge, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder der Enkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und

b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners dieser Erträge abzugsfähig sind.

Protocolo

Al momento de la firma del Convenio entre la República Federal de Alemania y la República Argentina para evitar la doble imposición con respecto a impuestos sobre la renta y capital los abajo firmantes, debidamente autorizados al respecto, han convenido las siguientes disposiciones que constituyen parte integrante del presente Convenio.

1. Con referencia al artículo 2°:

El Convenio se aplicará también a los siguientes impuestos aplicados temporariamente:

a) En la República Federal de Alemania:
el impuesto complementario del KÖRPERSCHAFTSTEUER (impuesto a las sociedades);

b) En la República Argentina:
el impuesto de emergencia a las empresas y el impuesto de emergencia a las retribuciones del trabajo personal con o sin relación de dependencia.

El presente Convenio no se aplicará al impuesto sobre remesas de la Legislación Argentina sobre Inversiones Extranjeras. No obstante, en el caso de un residente de la República Federal de Alemania, el impuesto no será más gravoso que el previsto en el artículo 15 de la Ley Argentina 21.382.

2. Con referencia al artículo 8 y apartado 3 del artículo 22:

Las disposiciones de estos artículos se aplicarán asimismo a todos los impuestos, gravámenes o derechos de patentes que recaigan sobre el ejercicio de actividades lucrativas en el territorio de las provincias argentinas que están sujetas a jurisdicción nacional. No obstante las disposiciones del artículo 29, esta cláusula tendrá efecto para cualquier año fiscal aún no prescripto.

El Gobierno Argentino invitará a las provincias a conceder una exención impositiva similar.

3. Con referencia al artículo 22:

Cuando una sociedad residente de un Estado Contratante esté exenta en ese Estado del impuesto al capital será permitido computar como crédito, contra el impuesto al capital o al patrimonio neto que recaiga sobre el accionista en ese Estado, el impuesto al capital que habría sido pagado de no existir dicha exención, en tanto la ley de ese Estado otorgue un crédito del último de los impuestos mencionados contra el impuesto al capital o al patrimonio neto que recaiga sobre el accionista.

4. Con referencia a los artículos 10 y 11:

No obstante las disposiciones de estos artículos, los dividendos e intereses que provengan de la República Federal de Alemania, podrán ser gravados de acuerdo con lo dispuesto en la legislación de ese Estado, cuando:

a) se basen en derecho o acreencias que impliquen participación en las ganancias (inclusive los ingresos de un socio pasivo procedentes de «partiarisches Darlehen» y de «Gewinnobligationen» en la significación del derecho fiscal en la República Federal de Alemania), y

b) estos importes sean deducibles para el cálculo de las utilidades del deudor de los mismos.

(5) Zu Artikel 23:

a) Ungeachtet des Absatzes 1 gilt unter Ausschluß von Absatz 3 nur Absatz 2 für die Gewinne einer Betriebstätte und für das Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, für die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden, für die Beteiligung an einer Gesellschaft und für die in Artikel 13 Absätze 1 und 2 erwähnten Gewinne, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß mindestens 90 vom Hundert der Einnahmen der Betriebstätte oder Gesellschaft aus einer der folgenden innerhalb der Argentinischen Republik ausgeübten Tätigkeiten, nämlich Herstellung, Verkauf oder Vermietung von Gütern oder Waren (einschließlich der Fälle, in denen diese Güter oder Waren im Verlauf eines in der Argentinischen Republik getätigten Geschäfts an Kunden außerhalb der Argentinischen Republik verkauft oder vermietet werden), technischer Beratung oder technischer oder kaufmännischer Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäften, ferner aus Zinsen oder Lizenzgebühren, die aus der Argentinischen Republik stammen und mit den obengenannten Tätigkeiten im Zusammenhang stehen, aus von der Regierung der Argentinischen Republik oder einer ihrer Gebietskörperschaften gezahlten Zinsen oder aus Zinsen und Dividenden stammen, die eine in der Argentinischen Republik ansässige Gesellschaft zahlt, wenn diese Gesellschaft mindestens 90 vom Hundert ihrer Einnahmen aus den obengenannten Tätigkeiten bezieht.

b) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Argentinischen Republik, so schließen die Absätze 1 bis 3 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

(6) Zu Artikel 30:

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen sich auf Vorschlag eines der Staaten zu einem beliebigen Zeitpunkt nach Ablauf von vier Jahren, vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an gerechnet, um auf Grund der in den vorausgegangenen Jahren bei Anwendung des Abkommens gewonnenen Erfahrungen und der Änderungen in ihren innerstaatlichen Steuergesetzen die Notwendigkeit einer Anpassung zu prüfen.

5. Con referencia al artículo 23:

a) No obstante las disposiciones del apartado 1, solamente las disposiciones del apartado 2 con exclusión de las del apartado 3 se aplicarán a los beneficios, y al capital representado por bienes que formen parte del activo comercial de un establecimiento permanente; a los dividendos pagados por una sociedad, y a los accionistas de ésta; o a los beneficios a que se refieren los apartados 1 y 2 del artículo 13 del Convenio, a condición de que el interesado residente en la República Federal de Alemania demuestre que por lo menos el 90 % de los ingresos del establecimiento permanente o de la sociedad están originados en la producción, venta o arrendamiento de bienes o mercaderías (inclusive los casos en que tales bienes o mercaderías son vendidos o arrendados en el curso de operaciones comerciales llevadas a cabo en la República Argentina para clientes fuera de la República Argentina), en asesoramiento técnico, o en la prestación de servicios comerciales o técnicos, o en operaciones bancarias o de seguros, dentro de la República Argentina; o en intereses o regalías originados en la República Argentina y relacionados con las precitadas actividades, o en intereses pagados por el Gobierno de la República Argentina o una subdivisión política de ésta, o en intereses o dividendos pagados por una sociedad residente en la República Argentina, si dicha sociedad obtiene como mínimo, el 90 % de sus ingresos de las mencionadas actividades;

b) En caso de que una sociedad residente en la República Federal de Alemania distribuya dividendos procedentes de rentas de fuentes en la República Argentina, los párrafos 1 a 3 no impedirán la imposición compensatoria del impuesto sobre sociedades de acuerdo con el derecho fiscal de la República Federal de Alemania.

6. Con referencia al artículo 30:

Las autoridades competentes de los Estados Contratantes, a propuesta de una de ellas, deberán reunirse en cualquier momento después de la expiración de un período de 4 años desde la fecha de entrada en vigor del Convenio, para examinar la necesidad de ajustarlo sobre la base de la experiencia obtenida en su aplicación durante los años precedentes y los cambios introducidos en su legislación impositiva nacional.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Joachim Jaenicke

Für die Argentinische Republik
Por la República Argentina

Montes

Denkschrift zum Abkommen

A. Bedeutung und Zweck des Abkommens

Das deutsch-argentinische Abkommen vom 13. Juli 1978 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen ist das Ergebnis von Neuverhandlungen, die durch das Außerkrafttreten des deutsch-argentinischen Doppelbesteuerungsabkommens vom 13. Juli 1966 (BGBl. 1967 II S. 838) notwendig wurden. Dieses Abkommen, das seinerzeit das erste Abkommen dieser Art zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem südamerikanischen Staat war, war zum 31. 12. 1973 von argentinischer Seite gekündigt worden, weil es nach argentinischer Auffassung die Quellenbesteuerung zu sehr einschränkte.

Die Neuverhandlungen, die im Januar 1974 begannen, erwiesen sich auf dem Hintergrund der politischen Entwicklung in Argentinien anfangs als sehr schwierig. Zunächst gelang es nur, für die Jahre 1974 und später 1975 im Verwaltungswege Übergangsregelungen zu treffen, nach denen das alte Abkommen unter Abänderung der dort vorgesehenen Quellensteuersätze im wesentlichen fortgeführt wurde. Erst nachdem Argentinien im Jahre 1976 wieder zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückgekehrt war, kam eine Einigung über das neue Abkommen zustande.

Das neue Abkommen tritt neben die Steuerverträge mit Brasilien und Ecuador und stellt einen weiteren bedeutsamen Schritt zur Ausdehnung des deutschen Abkommensnetzes auf dem südamerikanischen Kontinent dar. Es trägt der Bedeutung der deutsch-argentinischen Wirtschaftsbeziehungen Rechnung – die deutschen Direktinvestitionen beliefen sich Ende 1977 auf etwa 600 Mio DM –, stellt diese auf eine sichere steuerliche Grundlage und soll dazu beitragen, sie weiter zu festigen und zu fördern.

Das Abkommen folgt in Aufbau und Inhalt den bisherigen von der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern abgeschlossenen Verträgen und damit im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Im großen und ganzen stimmt es auch mit dem früheren deutsch-argentinischen Abkommen überein. Die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 stekken den Geltungsbereich des Vertragswerks ab und enthalten die für die Anwendung des Abkommens wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 23 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellenstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 24 bis 30 regeln u. a. den Schutz vor Diskriminierungen, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und eine evtl. Kündigung des Abkommens. Dem Abkommen ist ein Protokoll mit einigen ergänzenden Bestimmungen beigegeben, das Bestandteil des Abkommens ist.

B. Die Abkommensregelungen im einzelnen

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel grenzt die Steuern ab, die unter das Abkommen fallen. Nr. 1 des Protokolls trifft dazu ergänzende Regelungen; insbesondere bleibt danach die Erhebung der Sondersteuer auf Gewinnüberweisungen nach dem argentinischen Auslandsinvestitionsgesetz vorbehalten.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe. Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Personen, der für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgebend ist (Absatz 1). Ist eine Person danach in beiden Staaten ansässig, so wird nach bestimmten Kriterien nur einer der Staaten für die Abkommensanwendung als Wohnsitzstaat behandelt (Absätze 2 und 3).

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen den Begriff der Betriebstätte, der die Grundlage für die Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Einkünfte bildet (vgl. Artikel 7). In Parallele zu der Regelung des Artikels 5 Abs. 7 des früheren deutsch-argentinischen Abkommens enthält Absatz 7 eine auf die besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse Argentiniens abgestellte Regelung für Erzeugnisse der Landwirtschaft, Viehzucht und des Bergbaus. Er unterwirft unter bestimmten Voraussetzungen auch bloße Einkaufstätigkeiten der Betriebstättenbesteuerung.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt im wesentlichen in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung der Gewinne aus Gewerbebetrieb.

Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen Staats nur insoweit besteuern, als die Gewinne durch eine in seinem Gebiet belegene Betriebstätte erzielt werden.

Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung der einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne.

Nach Absatz 7 darf eine in Argentinien gelegene Betriebstätte eines deutschen Unternehmens in Argentinien insgesamt steuerlich nicht stärker belastet werden, als Dividenden, die von einer argentinischen Gesellschaft in die Bundesrepublik Deutschland ausgeschüttet werden.

Absatz 8 regelt das Verhältnis der Betriebstättenbesteuerung zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebstättenprinzip nur im Staat des Ortes der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden dürfen. Nr. 2 des Protokolls zum Abkommen erweitert den Geltungsbereich der Regelung auf Gewerbesteuern, die in bestimmten argentinischen Gebieten erhoben werden.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen der Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Personen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden.

Nach Absatz 1 können Dividenden in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Die Steuer des Quellenstaats wird nach Absatz 2 auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden begrenzt. Dieser Quellensteuersatz gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland; insoweit wird bereits der deutschen Körperschaftsteuerreform Rechnung getragen. Nach Nr. 1 des Protokolls zum Abkommen bleibt die argentinische Sondersteuer auf Gewinnüberweisungen nach dem argentinischen Auslandsinvestitionsgesetz unberührt.

Absatz 3 definiert den Begriff der Dividenden.

Die Absätze 4 und 5 enthalten ergänzende Bestimmungen, die auch im OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt in weitgehender Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung von Zinsen.

Nach Absatz 1 können Zinsen in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Die Steuer des Quellenstaats wird nach Absatz 2 allgemein auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen begrenzt. Nur wenn der Empfänger der Zinsen eine Bank ist oder das Darlehen im Zusammenhang mit bestimmten Investitionsvorhaben gewährt wird, wird die Quellensteuer auf 10 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen gesenkt. Nach der ergänzenden Bestimmung der Nummer 4 des Protokolls zum Abkommen bleibt die Erhebung der deutschen Quellensteuer für bestimmte Kapitalerträge, die beim Schuldner abzugsfähige Betriebsausgaben darstellen, vorbehalten. Hierdurch soll Versuchen vorgebeugt werden, die Steuerbelastung ausgeschütteter Dividenden, wie sie sich nach der deutschen Körperschaftsteuerreform für Steuerausländer ergibt, zu umgehen.

Nach Absatz 3 sind abweichend von Absatz 2 Zinsen, die der Regierung eines Vertragsstaats oder anderen öffentlichen Institutionen des Vertragsstaats zufließen, von der Quellensteuer gänzlich befreit. Zu den begünstigten deutschen Institutionen gehören insbesondere die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Absätze 4 bis 7 enthalten eine Definition des Begriffs der Zinsen, den üblichen Betriebstättenvorbehalt und einige andere ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Nach Absatz 1 können Lizenzgebühren in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Die Steuer des Quellenstaats wird nach Absatz 2 auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Lizenzgebühren begrenzt. Auf argentinischer Seite gilt dies jedoch für technische Lizenzen nur, wenn eine nach argentinischem Recht erforderliche Genehmigung für den Technologie-Transfer von den argentinischen Behörden erteilt worden ist.

Die Absätze 3 bis 6 enthalten eine Definition des Begriffs der Lizenzgebühren, den üblichen Betriebstättenvorbehalt und einige andere ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel, der im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen entspricht, behandelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Der Belegenheits- bzw. Quellenstaat darf nach den Absätzen 1 und 2 Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und beweglichem Betriebstättenvermögen sowie von beweglichem Vermögen einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung besteuern. Gewinne aus der Veräußerung von Luftfahrzeugen und Schiffen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von Betriebsvermögen, das dieser Luft- und Schiffahrt dient, dürfen nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Abweichend von dem Grundsatz, daß alle übrigen Gewinne nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen, behalten Absatz 3 bei Gesellschaftsanteilen dem Staat der Ansässigkeit der Gesellschaft und Absatz 4 bei registrierten Seeschiffen, Luftfahrzeugen und Kraftfahrzeugen dem Staat der Registrierung ein Besteuerungsrecht vor.

Absatz 5 weist das Besteuerungsrecht für alle in den vorangegangenen Absätzen nicht genannten Ver-

äußerungsgewinne dem Wohnsitzstaat zu. In Fällen doppelter Ansässigkeit mit vorrangigem argentinischem Wohnsitz ist dabei sichergestellt, daß die Regelung nicht wegen des in Argentinien geltenden Territorialitätsprinzips zu einer doppelten Steuerbefreiung führt.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel befaßt sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit.

Zunächst wird der Grundsatz aufgestellt, daß der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht hat. Nur soweit die Einkünfte in dem anderen Staat dort durch eine dort belegene feste Einrichtung erzielt worden sind, hat dieser Staat das Besteuerungsrecht.

In Absatz 2 wird der Ausdruck „freier Beruf" im einzelnen erläutert.

Zu Artikel 15

Der Artikel beläßt das Besteuerungsrecht der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit grundsätzlich dem Staat der Arbeitsausübung. Dieser Grundsatz wird durch Absatz 2 bei Personen, die von inländischen Unternehmen nur vorübergehend im Ausland eingesetzt werden, z. B. Monteuren, zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt.

Eine weitere Sonderregelung enthält Absatz 3 für das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen Künstler und Sportler sowie Unternehmen, die die Dienste solcher Personen zur Verfügung stellen, stets in dem Staat besteuert werden, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird, es sei denn, es handelt sich um öffentlich geförderte Veranstaltungen.

Zu Artikel 18

Der Artikel regelt die Besteuerung von Arbeitsentgelten – einschließlich der Ruhegelder –, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden.

Absatz 1 legt den Grundsatz fest, daß diese nur im Kassenstaat besteuert werden können, und zwar auch dann, wenn die nichtselbständige Arbeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Staatsangehörige des anderen Staates, die in diesem Staat tätig sind und nicht auch die Staatsangehörigkeit des Kassenstaats besitzen, dürfen jedoch nur in dem Staat besteuert werden, in dem die Arbeit ausgeübt wird.

Absatz 3 dehnt diese Grundsätze aus auf Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms gezahlt werden.

Für Arbeitnehmer in gewerblichen Betrieben der öffentlichen Hand gelten nach Absatz 2 die allgemeinen Regelungen für die Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel weist abweichend vom OECD-Musterabkommen das Besteuerungsrecht für Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dem Staat zu, in dem die frühere Tätigkeit ausgeübt worden ist (Absatz 1). Sozialversicherungsrenten können ebenfalls im Quellenstaat besteuert werden (Absatz 2).

Zu Artikel 20

Die Bestimmungen dieses Artikels sollen den Austausch von Lehrkräften und von in Aus- und Fortbildung stehenden Personen fördern.

Zu diesem Zweck sind nach Absatz 1 die Vergütungen von Gastlehrkräften, die diesen von außerhalb des Gastlandes zufließen, im Gaststaat von der Besteuerung befreit, sofern der Aufenthalt 2 Jahre nicht übersteigt.

Desgleichen werden nach Absatz 2 Studenten, Praktikanten und Lehrlinge, die sich zu Ausbildungszwecken in einem Vertragsstaat aufhalten, hinsichtlich der Unterstützungsgelder, die sie aus ihrem Heimatstaat erhalten, von Steuern des Gaststaats befreit. Das gleiche gilt für die Dauer von 3 Jahren für Lohneinkünfte bis zur Höhe von 6000 DM jährlich, die im Gaststaat erzielt werden.

Absatz 3 sieht für Stipendiaten, die sich zu Ausbildungs- oder Forschungszwecken oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe vorübergehend im Gaststaat aufhalten, eine Befreiung der Stipendien und der Unterhaltszuwendungen aus dem Ausland von der Steuer des Gaststaats vor.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel weist das alleinige Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den vorangegangenen Artikeln nicht erwähnt werden, dem Wohnsitzstaat zu. Für Fälle doppelter Ansässigkeit mit vorrangigem argentinischem Wohnsitz ist dabei sichergestellt, daß die Regelung nicht wegen des in Argentinien geltenden Territorialitätsprinzips zu einer doppelten Steuerbefreiung führt.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen die Besteuerung des Vermögens.

Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, entsprechend der Regelung für die daraus erzielten Einkünfte im Belegenheitsstaat besteuert werden. Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie diesen dienendes bewegliches Vermögen können nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Abweichend von der üblichen Regelung, daß alle sonstigen Vermögenswerte nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen, enthält Absatz 4 für Gesellschaftsanteile einen Vorbehalt zugunsten des Staates, in dem die Gesellschaft ansässig ist, und für registrierte Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Kraftfahrzeuge zugunsten des Staats der Registrierung.

Nach Absatz 5 dürfen in den vorangegangenen Absätzen nicht genannte Vermögenswerte nur im Wohnsitzstaat besteuert werden. Hierbei ist in Fällen doppelter Ansässigkeit mit vorrangigem argentinischem Wohnsitz sichergestellt, daß die Regelung nicht wegen des in Argentinien geltenden Territorialitätsprinzips zu einer doppelten Steuerbefreiung führt.

Absatz 6 stellt abweichend von dem in Argentinien geltenden proportionalen Schuldenabzug sicher, daß Schulden, die mit einem Vermögensteil zusammenhängen, in vollem Umfang von dessen Wert abgezogen werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden dürfen. Die Absätze 1 bis 3 bestimmen, wie die Bundesrepublik Deutschland die Doppelbesteuerung bei einer in ihrem Gebiet ansässigen Person vermeidet, während Absatz 4 eine derartige Regelung für Argentinien trifft.

Nach Absatz 1 werden Einkünfte aus aktiver Arbeits- und Wirtschaftstätigkeit und die entsprechenden Vermögenswerte von der deutschen Steuer freigestellt (Freistellungsmethode). Dies gilt für unternehmerische Tätigkeit, die durch eine argentinische Betriebstätte (Buchstaben a und b) oder eine argentinische Tochtergesellschaft (Buchstabe c) ausgeübt wird, sowie für unselbständige Tätigkeit im Sinne der Artikel 15 und 18 (Buchstabe d). Die Freistellung argentinischen Betriebstättenvermögens und einer wesentlichen Beteiligung an einer argentinischen Tochtergesellschaft sowie der daraus fließenden Einkünfte wird jedoch nach Nr. 5 Buchstabe a des Protokolls zum Abkommen davon abhängig gemacht, daß die argentinische Betriebstätte oder Tochtergesellschaft mindestens 90 v. H. ihrer Einnahmen aus bestimmten im einzelnen aufgezählten aktiven Tätigkeiten erzielt. Die Freistellung einer wesentlichen Beteiligung an einer argentinischen Tochtergesellschaft sowie der daraus fließenden Einkünfte setzt des weiteren voraus, daß die Beteiligung von einer juristischen Person oder einem sonstigen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird, gehalten wird (Gesellschaft im Sinne des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe c). Die freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte werden bei der Festsetzung des Steuersatzes für die übrigen der deutschen Besteuerung weiterhin unterliegenden Einkünfte und Vermögenswerte berücksichtigt (Progressionsvorbehalt).

Bei allen Einkünften und Vermögenswerten, die nicht nach Absatz 1 von der deutschen Steuer freigestellt werden, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 2 durch Anrechnung der argentinischen auf die entsprechende deutsche Steuer beseitigt (Anrechnungsmethode). Dies gilt namentlich für Dividenden, die nicht unter Absatz 1 fallen, für Zinsen, Lizenzgebühren, Aufsichtsratsvergütungen sowie für Einkünfte aus privaten argentinischen Grundstücken.

Absatz 3 regelt für Zwecke der Steueranrechnung nach Absatz 2, welche Beträge im einzelnen bei der Besteuerung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren anzurechnen sind. Soweit der Anrechnungsbetrag die argentinische Quellensteuer übersteigt, die von diesen Zahlungen nach dem Abkommen erhoben werden darf, handelt es sich um die Anrechnung fiktiver Beträge (sog. fiktive Steueranrechnung). Die fiktive Steueranrechnung bewirkt, daß die Ermäßigung der argentinischen Quellensteuer nach dem Abkommen dem Steuerpflichtigen zugute kommt.

Nummer 5 Buchstabe b des Protokolls zum Abkommen stellt klar, daß die Freistellung von der deutschen Besteuerung bzw. Ermäßigung der deutschen Steuer infolge Anrechnung argentinischer Steuern der Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach dem neuen deutschen Körperschaftsteuerrecht nicht entgegenstehen.

Argentinien wendet als Wohnsitzstaat nach Abs. 4 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung stets die Freistellungsmethode mit Progressionsvorbehalt an.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen können und daß Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen beseitigt werden können.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den zwischenstaatlichen Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel regelt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll erstmals für das Jahr 1976 angewendet werden. Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen sieht ergänzend hierzu für Luftfahrt- und Schiffahrtunternehmen eine weitere Rückwirkung bei bestimmten argentinischen Steuern vor.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine evtl. Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens. Um eine voreilige Kündigung zu verhindern, sieht Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen nach Ablauf von 4 Jahren einen Erfahrungsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vor.

Bn 812192 12. 78